

Bonn, den 11. Juni 2018

Stellungnahme der DPVKOM zu Stasi-Vorwürfen gegen stellvertretenden Bundesvorsitzenden

„Die heute von Bild.de veröffentlichte Meldung, wonach der stellvertretende Bundesvorsitzende der DPVKOM, Andreas Kögler, hauptamtlicher Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit war, trifft uns sehr. Wir haben Andreas Kögler als hervorragenden Gewerkschafter und überzeugten Demokraten kennen und schätzen gelernt, der sich in unserer Gewerkschaft vorbildlich für die Belange der Beschäftigten bei der Deutschen Post einsetzt.“ Das sagte die Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Christina Dahlhaus, heute in Bonn.

Und weiter: „Andreas Kögler hat uns heute versichert, dass er als 18-jähriger Offizierschüler ein Studium an der juristischen Hochschule in Potsdam aufgenommen hat. Voraussetzung für die Zulassung zum Studium war die eigenhändige Abschrift einer vorgefertigten Verpflichtungserklärung gegenüber der Stasi. Seine Zeit als Offizierschüler war seinem Arbeitgeber Deutsche Post schon seit 1990 bekannt. Vor seiner Einstellung in das Unternehmen wurde eine sogenannte Unbedenklichkeitserklärung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), heute auch Jahn-Behörde genannt, ausgestellt. Für uns ist entscheidend, dass Andreas Kögler zu keiner Zeit Menschen bespitzelt und ausspioniert hat.“

Andreas Kögler betont, dass er auf diesen Teil seiner Biographie im Rückblick nicht stolz ist. Er ist vielmehr froh, dass er sich seit der Wende 1990 als überzeugter Demokrat für seine Mitmenschen und Kollegen unter anderem als Betriebsrat und Flüchtlingshelfer in der Briefniederlassung Magdeburg engagieren kann.